Abend-Ausgabe

75. Jahrgang. Nr. 388 — Mittwoch, 19. August 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Hauptschriftl.: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Zinsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Weltbankiers fordern Tributrevision

Bedenken gegen Selbsthilfe – Mahnung zur Sparsamkeit – Keine Anleihe, solange der Tributwahn dauert

Der Inhalt des Laytonberichts

Basel, 19. Aug. Der Laytonbericht der Finanzsachverständigen ist in der Nacht zum Mittwoch in englischer, französischer und deutscher Sprache, und zwar im vorläufigen Text veröffentlicht worden. Wichtig sind vor allem seine Schlußfolgerungen. Der Bericht führt zunächst über die Maßnahmen Deutschlands aus, daß es zwei Mittel gebe, durch die Deutschland ohne fremde Hilfe möglicherweise eine Sanierung erreichen könnte.

Die Möglichkeiten der Selbsthilfe

1. sei eine solche Möglichkeit gegeben durch **weitere Veräußerung der deutschen Auslandsaktiven.** Diese beliefen sich Ende Juli immer noch auf 8½ Milliarden Reichsmark, aber die kurzfristigen Auslandsaktiven der Banken seien seit Ende 1930 um 40 v. H. verringert worden. Dabei sei zu bedenken, daß bedeutende Bankguthaben im Ausland für die normale Abwickelung der internationalen Handelsgeschäfte benötigt würden. Von den übrigen kurzfristigen Aktiven werde ebenfalls ein Teil in laufenden Geschäften benötigt, während ein anderer nicht leicht realisierbar sei. Es verbliebe etwa 5 Milliarden langfristige Anlagen. Viele davon seien jedoch auch nicht rasch realisierbar, hierunter fielen Unternehmungen, wie z. B. Zweigstellen deutscher Industriefirmen oder Handelsniederlassungen. **Das Komitee ist der Ansicht, daß ein auf die Mobilisierung von deutschen ausländischen Anlagen gegründeter Plan durchführbar sei und zur wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands beitragen würde.**

Einfuhrdrosselung – Ausfuhrsteigerung

2. Eine andere Möglichkeit bestehe für Deutschland darin, eine Politik zu treiben, die auf den Erwerb von Devisen mittels Drosselung der Einfuhr und Verstärkung der Ausfuhr gerichtet sei.

Nach den Schätzungen des Statistischen Reichsamtes dürfte es Deutschland möglich sein, die Einfuhr in den letzten sechs Monaten des Jahres auf 2,5 Milliarden Reichsmark zu drücken und anderseits die Ausfuhr auf 4,5 Milliarden Reichsmark zu bringen. Die in der zweiten Hälfte 1931 zu bezahlende Einfuhr würde weiter vermindert werden, wenn die Anregung verwirklicht werde, daß Deutschland beträchtliche Mengen Waren gegen einen dreijährigen Kredit kaufe. Dies würde Deutschlands Devisenposition weiter erleichtern.

Bedenken gegen die Selbsthilfe

Gewisse Einschränkungen der Einfuhr im Verhältnis zur Ausfuhr und strikter durchgeführte Sparsamkeit sowohl bei den öffentlichen Ausgaben als auch in manchen Formen des privaten Aufwands würden in Zukunft erforderlich sein, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen jährlichen Verpflichtungen gegen das Ausland nachzukommen und die Schulden, welche es in den letzten Jahren aufgenommen habe, zurückzuzahlen. Anderseits sei zu bedenken, daß eine Ausfuhr in beinahe der doppelten Höhe der Einfuhr — wenn sie tatsächlich durchführbar wäre — eine ernste Störung des Wirtschaftslebens mit sich brächte. Die Aufrechterhaltung der Ausfuhr (wovon ein Teil auf jeden Fall zunächst aus den vorhandenen Vorräten bewirkt werden könnte) unter den infolge des scharfen Wettbewerbs gegenwärtig gegebenen Verhältnissen bringe den Verkauf von Waren zu sehr niedrigen Preisen mit sich, während die Drosselung der Einfuhr in dem vorgeschlagenen Maßstab ein niedriges Verbrauchsniveau in Deutschland bedinge.

Derartige Maßnahmen führten daher zu weiterer Verarmung und hoher Arbeitslosigkeit,

bedingt durch Einschränkung des Kredits. Dadurch werde zweifellos auch die Weltdepression verstärkt. Wenn diese, wie zu befürchten sei, dazu führe, daß die anderen Länder zu Gegenmaßnahmen schritten, um ihre Märkte zu schützen, so werde das Handelsvolumen noch weiter herabgedrückt. Das Komitee erachte es deshalb im allgemeinen Interesse für höchst unerwünscht, daß Deutschland gezwungen würde, eine derart schroffe Lösung zu wählen.

Bedarf an langfristigen Krediten

Die Finanzsachverständigen kommen daher zu dem endgültigen Schluß, daß es sowohl im allgemeinen Interesse als auch im Interesse Deutschlands notwendig ist,

1. **das jetzige Volumen der deutschen Auslandskredite aufrechtzuerhalten und**

2. **auf alle Fälle einen Teil der zurückgezogenen Mittel aus ausländischen Quellen zu ersetzen.**

Wir sind daher der Auffassung, heißt es, daß zur Sicherung von Deutschlands finanzieller Stabilität alle weiteren Kredite in Form einer langfristigen Anleihe gegeben werden sollten, und daß diejenigen Teile der bestehenden kurzfristigen Kredite, die hierfür in Betracht kommen, in langfristige Verpflichtungen umgewandelt werden sollten.

Der zweite Teil unseres Auftrages weist uns die Aufgabe zu, die Möglichkeit der Aufnahme einer langfristigen Anleihe für Deutschland zu prüfen. Die Londoner Konferenz hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Mangel an Vertrauen zu Deutschland, welcher die Kreditabziehungen verursacht und damit die jetzige Krise so verschärft hat, „durch die wirtschaftliche Lage des Landes nicht gerechtfertigt ist". Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung ist die rasche Erholung der deutschen Ausfuhr in den letzten Jahren.

Die deutschen öffentlichen Finanzen

sind von Zeit zu Zeit Gegenstand von Kritiken gewesen. Man kann hierzu nur bemerken, daß die gegenwärtige Regierung unter schwierigen Verhältnissen den Beweis ihrer Entschlossenheit, Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine gesunde Basis zu stellen, geliefert hat, und daß diese Politik, wenn sie streng fortgesetzt wird, entschieden dazu beitragen wird, Deutschlands Kredit zu stärken.

Es ist indessen in Anbetracht der Kurse, zu denen deutsche Wertpapiere an den Börsen der Welt notiert werden, klar, daß es ohne eine Wiederherstellung des Vertrauens in die finanzielle Zukunft Deutschlands unmöglich ist, eine langfristige Anleihe allein auf Deutschlands Kredit hin aufzunehmen. Schon die Fundierung der übermäßigen kurzfristigen Verschuldung würde dazu beitragen, die Lage zu bessern. Es bleiben aber **zwei grundlegende Schwierigkeiten.**

Politische Hemmungen

Das erste Hindernis ist das **politische Risiko.** Solange nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusammenarbeitens und gegenseitigen Vertrauens beruhen, und dadurch eine wesentliche Ursache innerpolitischer Schwierigkeiten für Deutschland beseitigt wird, ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen wirtschaftlichen Fortschritt gegeben. Dies ist die erste und grundlegende Voraussetzung für die Kreditwürdigkeit.

Das Tributhindernis

Das zweite Hindernis betrifft **die äußeren Verpflichtungen Deutschlands.** Solange diese Verpflichtungen, sowohl die privaten als auch die öffentlichen, entweder eine dauernde lawinenartige Erhöhung der ausländischen Schulden Deutschlands oder aber ein derartiges Mißverhältnis zwischen seiner Einfuhr und Ausfuhr hervorrufen, daß die wirtschaftliche Prosperität anderer Länder bedroht ist, wird ein Geldgeber die Lage kaum als gefestigt oder dauernd ansehen.

Solange die augenblicklichen oder zukünftigen Gläubiger Deutschlands nicht übersehen können, wie sich in dieser Hinsicht die künftige Lage Deutschlands entwickeln wird, besteht ein sehr ernstes Hindernis für die Gewährung neuer oder auch nur die Erneuerung bestehender kurzfristiger Kredite und für die Aufnahme einer langfristigen Anleihe.

Aber die Zeit drängt.

Der Wirtschaftskörper der Welt hat an einem seiner wichtigsten Glieder einen schweren Schlag erhalten. Dies hat zu einer teilweisen Lähmung geführt, die nur durch eine Wiederherstellung des freien Geld- und Güterverkehrs behoben werden kann. Wir glauben, daß dies aber nur bewerkstelligt werden kann, wenn sich die Regierungen aller Länder der Welt über die auf ihnen ruhende Verantwortung klar sind und umgehend Maßnahmen ergreifen, die geeignet sind, das Vertrauen wiederherzustellen. Nur wenn sie handeln, kann es wiederhergestellt werden. **Wir halten es für wesentlich, daß sie vor Ablauf der Prolongationsperiode der Kredite, wie es die Londoner Konferenz empfohlen hat, selbst die Gewähr bieten, einmal, daß die internationalen politischen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens, welches die Vorbedingung einer jeden wirtschaftlichen Lösung ist, aufgebaut sind, und ferner, daß die von Deutschland zu leistenden internationalen Zahlungen nicht die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität gefährden.**

Der Weltunsinn der Reparationspolitik

Wir möchten jedoch wiederholen, daß das deutsche Problem ein Teil eines größeren Problems ist, welches auch viele andere Länder der Welt angeht. In diesem Zusammenhang wollen wir zweierlei bemerken:

1. Um die Nachfrage wieder anzuregen und dadurch die ständige Abwärtsbewegung des Preisniveaus aufzuhalten, welches Schuldner- und Gläubigerländer in gleicher Weise in einen circulus vitiosus der Depression verstrickt, ist es wesentlich, daß die Unterbringung neuen Kapitals wieder normal in Gang kommt.

2. **Wir möchten darauf hinweisen, daß das Beispiel Deutschlands die eindrucksvollste Illustration der Tatsache ist, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht hat, zwei verschiedene, sich widersprechende, politische Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems zuließ, das die Jahreszahlungen großer Summen von Schuldnern an Gläubigerländer mit sich bringt, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg legte. Solange diese Hindernisse bestehen bleiben, müssen derartige Kapitalbewegungen naturgemäß das internationale finanzielle Gleichgewicht stören.**

Finanzielle Hilfsmaßnahmen allein werden nicht imstande sein, die wirtschaftliche Prosperität der Welt

(Fortsetzung auf Seite 2)

Das Baseler Stillhalteabkommen

Kreditverlängerung für sechs Monate

Basel, 19. August. In einem Anhang vom Layton-Bericht wird kurz das Stillhalteabkommen skizziert. Zunächst wird betont, daß die Finanzsachverständigen sich veranlaßt gesehen hätten, die Stillhalteausschüsse nach Basel zusammenzurufen. Nach fünftägigen, eingehenden Erwägungen habe man sich auf einen Plan zur Verlängerung dieser Kredite geeinigt, der den zahlreichen Gläubigerbanken und Gläubigerbankiers zur Annahme empfohlen worden sei. Der Plan sieht die Durchhaltung der den deutschen Schuldnern gegebenen Kredite in ihrer augenblicklichen Gesamthöhe nur für sechs Monate vor, vom Zeitpunkt der Unterzeichnung an gerechnet und im Einklang mit einer Regelung, die für die laufenden Zentralbankkredite zu treffen ist. Unmittelbar zwischen dem deutschen Schuldner und dem ausländischen Gläubiger wird jeweils ein Einzelvertrag nach einheitlichem Muster abgeschlossen. Wegen der Reichsmarkguthaben haben sich die ausländischen Gläubiger mit den deutschen dahin geeinigt, daß nur ein Teil derselben (20 v. H.) sofort, der Rest dagegen erst nach und nach, während der Laufzeit des Vertrages, freigegeben werden soll.

Der Plan sieht ferner zwei Formen von zusätzlichen Sicherheiten für die beteiligten Gläubiger vor. Einmal soll die Haftung der Schuldnerbank durch eine unmittelbare Verpflichtung des letzten Kreditnehmers ergänzt werden, anderseits ist vorgesehen, daß die deutsche Golddiskontbank in gewissen Grenzen die Schulden an die auswärtigen Gläubiger übernimmt oder garantiert und auf diese Art durch ihre Aktiven und inneren Kredit die Qualität dieser Verbindlichkeiten beträchtlich verbessert.

Es ist vorgesehen, durch Verordnung oder auf andere Weise Sicherheit dafür zu schaffen, daß ausländische Gläubiger deutscher Banken den gleichen Schutz genießen, wie in Deutschland ansässige Gläubiger. Zur Bereinigung von Schwierigkeiten, besonders über die Auslegung und Durchführung des Vertrages, hat sich die BIZ. bereit erklärt, einen Ausschuß einzuberufen, der mit Vollmachten zur Behandlung derartiger Fälle ausgestattet sein wird. Der Vertrag umfaßt nicht unmittelbar einige andere deutsche kurzfristige Schulden, vor allen Dingen nicht die Schulden der Länder und Gemeinden, die sich auf 855 Millionen belaufen. Ueber Prolongation auch solcher Verpflichtungen werden vom Ausschuß Verhandlungen zwischen den jeweils beteiligten Gläubigern und Schuldnern empfohlen.